

Informationsvorlage



Vorlage Nr.: 16-1383
erstellt am: 25.05.2009

Abteilung: Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße
Verfasser/in: Rainer Burelbach
Aktenzeichen: I-NW

Eigenbetrieb Neue Wege; hier: Jahresabrechnung 2006

Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Status	Zuständigkeit
Kreisausschuss	25.05.2009	N	Kenntnisnahme
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	03.07.2009	Ö	Kenntnisnahme
Kreistag	06.07.2009	Ö	Kenntnisnahme

Erläuterung:

Die Jahresabrechnung 2006 zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Eigenbetrieb Neue Wege Kreis Bergstraße ist beim Kreis Bergstraße am Mittwoch, 20. Mai 2009 eingegangen.

Es wurden, wie schon im Jahre 2005, folgende Leistungen abgerechnet:

1. Abrechnung der Ausgaben für das Arbeitslosengeld II
2. Abrechnung der Ausgaben für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit
3. Abrechnung der Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende
4. Abrechnung der Ausgaben für Beschäftigungspakte für ältere Arbeitnehmer

Entgegen der Prüfungsergebnisse 2005 wurden im Jahre 2006 abrechnungsrelevant lediglich drei Themen aufgerufen.

1. Ausbildungskostenzuschüsse

Die arbeitsmarktpolitisch sinnvollen und vom Kreisausschuss beschlossenen Zuschüsse zur Ausbildung für Jugendliche mit besonderen Problemlagen in Höhe von 25.875,00 Euro werden vom Bund, wie auch schon für das Jahr 2005, nicht getragen. Diesem Thema liegen zwischen dem Bund auf der einen Seite und den Ländern und Kommunen auf der anderen Seite unterschiedliche Rechtsauffassungen zugrunde.

2. Realschulabschluss

Der Vorbereitungskurs zum Erwerb des Realschulabschlusses in Höhe von 37.730,80 Euro wird ebenfalls nicht vom Bund getragen, auch wenn er eine sinnvolle Voraussetzung für eine Vermittlung in Ausbildung darstellt.

3. Bildungswerk

Vom Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft wurden im Jahre 2006 Personalleistungen im Job-Center Viernheim in Höhe von 22.712,36 Euro aufgrund mündlicher Abrede erbracht, die mangels schriftlich vertraglicher Fixierung vom Bund nicht getragen werden.

Die in Ziffer 1 bis 3 genannten Punkte sind nicht zahlungswirksam, sondern werden mit der Jahresrechnung 2007 aufgrund bestehender Guthaben verrechnet.

Für den gesonderten Titel „Beschäftigungspakt für Ältere“ wurden 14.879,31 Euro zu viel abgerufen. Diese müssen dem Bund zurück gezahlt werden.

Die Gesamthöhe der vom Eigenbetrieb Neue Wege abgerechneten Ausgaben ohne Kosten der Unterkunft beträgt demgegenüber 72,3 Millionen Euro.

Insgesamt besteht nach den Jahresabrechnungen 2005 und 2006 sowie der Hochrechnung für das Jahr 2007 eine Forderung des Kreises gegen den Bund in Höhe von 1.481.200,51 Euro.

Der Bund hat zugesichert, die Abrechnung für das Jahr 2007 zeitnah durchzuführen, um dem Kreis die entsprechenden Gelder zurück zu zahlen.